



# BDI

Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.

Presse und  
Öffentlichkeitsarbeit

## Pressemitteilung

BDI zum Brexit: „Britische Politik darf Entscheidungen nicht länger vertagen“

- London sollte Austrittsprozess stoppen, wenn sich keine Mehrheit finden lässt
- Unternehmen bereiten sich auf harten Brexit vor
- EU muss Kurs halten

Seite  
1 von 2

---

04/2019  
26. Februar 2019

---

„Die britische Politik darf Entscheidungen nicht länger vertagen. Die Optionen liegen auf dem Tisch. Es wäre absurd, wenn das Vereinigte Königreich in vier Wochen in einen harten Brexit schlittert, den selbst eine Mehrheit im Parlament in London ablehnt.“ Das sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Joachim Lang, am Dienstag in Berlin.

Eine Zustimmung Londons in letzter Minute eröffne lediglich die Chance, die Kosten für Europa zu reduzieren – insbesondere für das Vereinigte Königreich, betonte Lang. „Sollte die britische Regierung im März keine Mehrheit im Unterhaus finden, ist es an der Zeit, den Austrittsprozess zu stoppen.“ Das sei besser, als in einen ungeordneten Austritt mit massiver wirtschaftlicher Beschädigung zu stolpern.

Die Frage nach Neuverhandlungen steht laut Lang bei den Unternehmen nicht mehr auf der Tagesordnung – dafür sei die Zeit jetzt einfach zu knapp. Für sie sei es ohne Alternative, sich auf ein ungeordnetes Ausscheiden des Vereinigten Königreiches vorzubereiten.

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Telekontakte*  
T: +493020281479  
F: +493020282479

*Internet*  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

*E-Mail*  
[Presse@bdi.eu](mailto:Presse@bdi.eu)

Lang: „Zwar können Notfallmaßnahmen auf Seiten der Unternehmen und der Politik die schlimmsten Auswirkungen abmildern. Die Wucht, die ein harter Brexit entfaltet, werden wir trotzdem deutlich spüren.“ Komme es zu einem harten Ausstieg, rutsche das UK mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine Rezession.

Auch an Deutschland würde ein harter Brexit nicht spurlos vorbeigehen. „Wenn es ganz dick kommt, rechnen wir mit einem Rückschlag für die deutsche Wirtschaft in der Größenordnung von mindestens einem halben Prozent des BIP. Das wären rund 17 Milliarden Euro weniger Wirtschaftskraft allein in diesem Jahr“, sagte Lang.

Trotzdem müssten Bundesregierung und Europäische Union auf den letzten Metern Kurs halten. „Die oberste Priorität muss weiterhin auf der Einheit der EU-27 und des Europäischen Wirtschaftsraums liegen“, unterstrich Lang. „Die Grundprinzipien und Errungenschaften der europäischen Integration sind zu wertvoll, als sie zur Disposition zu stellen.“